Blätter für Wulkaprodersdorf

25. Jahrgang Nr. 159 / Nov. 2016
www.udw.info

Unabhängige Dorfliste Wulkaprodersdorf

Die A3-Verlängerung
Alte Pläne im neuen Gewand

In der GR-Sitzung am 3.11.2016 berichtete der Bürgermeister vom Plan der Asfinag über die Verlängerung der A3 bis zur Grenze Klingenbach.

Faktum ist, es geht, wie gehabt, um die Variante neben der Umfahrung auf Wulkaprodersdorfer Hotter! Also Nix Neues!

Die Asfinag hat eine Verkehrsuntersuchung gemacht, welche Analysen und Prognosen bis 2035 beinhaltet. Diese wurde den Gemeinderät/innen ausgehändigt, damit in den Fraktionen darüber diskutiert werden kann.

Bis zum Frühjahr 2017 kann die Gemeinde Wulkaprodersdorf ihre Vorstellungen für konkrete weitere Planungsschritte zur Trassenführung einbringen. Derzeit wird für den 10 km langen Abschnitt mit Kosten von 250 Millionen kalkuliert! Als möglicher Baubeginn wird das Jahr 2023 angepeilt.

Verkehrsuntersuchung der Asfinag

vom 2.11.2016

Untersuchungsbereich: A3 Südost Autobahn, Knoten Eisenstadt bis Staatsgrenze bei Klingenbach.

Der UDW fehlen bei dieser Verkehrsuntersuchung Daten betreffend Umwelt-, Lärm- und Feinstaubbelastungen! (Mit diesen Daten wollen wir uns in der nächsten Ausgabe genauer befassen.)

Fakten und Verkehrszahlen

„Fakten statt Angstmacherei sind angesagt“, so der SPÖ Vizebürgermeister in seiner Aussendung. Er schreibt weiter: „Ohne Ausbau der Autobahn auf österreichischer Seite hieße das in einigen Jahren täglich 30.000 Autos über den bestehenden Autobahnzubringer …. und nochmals mindestens 6.000 Autos jeden Tag durch die Wiener Straße.“

Diese Zahlen entsprechen nicht den Angaben der Asfinag und verschweigen die Aussage der Asfinag, dass bei einem Weiterbau der A3 um 15.000 Autos mehr durch diesen Korridor fahren würden, als ohne Weiterbau der A3.

VERKEHRSANALYSE UND PROGNOSE DER ASFINAG

Gesamtverkehr
Wienerstraße (B16) und Autobahnzubringer

	ohne Autobahn	mit Autobahn
2016	24.800 KFZ/Tag (davon 900 LKW)	-------
2035	30.150 KFZ/Tag (davon 1750 LKW)	45.300 KFZ/Tag (davon 2000 LKW)

In die Verkehrsanalysen und -Prognosen können Sie auf der udw-homepage www.udw.info Einsicht nehmen.

KOMMENTAR

Sabine Szuppin,
Obfrau und
Gemeindevorständin
der UDW

Liebe Wulkaprodersdorfer,
liebe Wulkaprodersdorferinnen!

Bei der letzten Gemeinderatssitzung waren erfreulicherweise zahlreiche Zuhörer/innen, unter anderem auch die Vertreter/innen der Bürgerinitiativen von Wulkaprodersdorf ‚Bahn' und ‚BIG A3' sowie der Bürgerinitiative ‚Großhöflein-Lärmschutz'. Es hat das besondere Interesse an der geplanten Verkehrsentwicklung unseres Dorfes gezeigt. Denn der Weiterbau der A3 bis zur Grenze Klingenbach, direkt entlang unseres Wohngebietes, steht wieder zur Diskussion.

Mit den Verkehrsplanungen des Landes, der Bahnschleife und der A3-Verlängerung, werden wir Bürgerinnen und Bürger von Wulkaprodersdorf mit Veränderungen konfrontiert, die unser persönliches Lebensumfeld und unsere Lebensqualität beeinflussen werden. Es gilt jetzt Entscheidungen zu treffen, die nicht nur auf unsere jetzige Lebenssituation einwirken, sondern die auch noch unsere Kinder und Enkelkinder betreffen werden.

Als UDW sehen wir uns den Menschen hier verpflichtet. Die Lebensqualität in unserem Dorf hat für uns oberste Priorität. Ich bin froh, dass wir keine parteipolitischen Interessen zu vertreten haben, sondern ausschließlich unser Wohl im Fokus haben (dürfen).

Dass die UDW von der Orts-SPÖ in ihrer Aussendung als so mächtig bewertet wird, die alles verhindern kann, überrascht doch sehr. Denn Faktum ist, die UDW ist derzeit mit 5 von 21 Mandaten im Gemeinderat vertreten. Entscheidungen können nur mit einer demokratischen Mehrheit von 11 Mandaten getroffen werden. Die UDW als ‚Verhinderer' hinzustellen führt sich daher ad absurdum. Alles, was der SPÖ wichtig war, konnte sie in den Jahren von 1945 bis 2012 mit ihrer absoluten Mehrheit im Gemeinderat alleine beschließen, wie z.B. auch ihr letztes Projekt, der Volksschulumbau um 850.000,- Euro.

In dieser Ausgabe berichten wir ausführlich über die gesamten Verkehrspläne und deren Auswirkungen. Machen Sie sich selbst ein Bild, ob man von einem Erfolg sprechen kann, wenn Wulkaprodersdorf eine Bahnschleife für Eisenstadt bekommt und durch die Verlängerung der A3 zur Transitgemeinde wird!

Es grüßt Sie recht herzlich!

Sabine Szuppin

Wie steht die UDW zu den neuerlichen Verkehrsplänen?

Wulkaprodersdorf soll Drehscheibe für den internationalen Verkehr werden und das schrittweise, ohne Rücksichtnahme auf unsere Interessen und unsere Lebensqualität. Die Projekte werden einzeln abgehandelt (z.B: Bahnschleife ist bereits eingebracht) und nicht in ein Gesamtkonzept verpackt. Damit möchte man eine Gesamtbelastung ausblenden!

Die UDW möchte daher eine Betrachtung der Gesamtbelastung durch Verkehrslärm, Staub- und Umweltbelastung, Flächenzerschneidung, räumliche und wirtschaftliche Einschränkungen, Grundstücksentwertungen, etc., der wir in Wulkaprodersdorfe jetzt schon ausgesetzt sind (= aktuelle Bestandserhebung) und welche Belastungen wir durch die geplanten Verkehrsmaßnahmen in Zukunft zu erwarten haben (als fundierte, mit Fakten gestützte zukünftige Prognosen).

Wir wollen nicht, dass unsere Lebensqualität durch noch mehr Verkehr leidet und beeinträchtigt wird.

Für die UDW zählen Fakten.
Sollte durch die geplanten Straßen- und Verkehrsmaßnahmen unsere Lebensqualität beeinträchtigt werden, so wird sich die UDW wieder dagegen aussprechen und auf jeden Fall die Interessen der Wulkaprodersdorfer Bevölkerung unterstützen.

Die UDW will eine Entlastung
für die lärmgeplagte Bevölkerung in
der Wiener- und Ödenburgerstraße
durch eine „Echte Umfahrung"
mit Lärmschutz -
diese kann auch ohne eine Autobahn
errichtet werden.

Die UDW will eine Entlastung für die
lärmgeplagte Bevölkerung entlang der
B50 durch Lärmschutzmaßnahmen
und im besten Fall mit einer Verlegung
der B50 weg vom Ortsgebiet.

Die UDW setzt sich dafür ein, dass es
zu keiner Verschlechterung der
Lebens- und Wohnqualität
in Wulkaprodersdorf kommt.

Entlastung der Wienerstraße - B16

Die Bevölkerung in der Wienerstraße wird seit Jahren im Stich gelassen. Täglich fahren ca. 5000 Fahrzeuge durch die Wiener- und Ödenburgerstraße und viele davon viel zu schnell.

Seit Jahren gibt es konkrete Pläne für eine Lösung, die jedoch beim Land auf Eis liegen.

Die Entlastung für die geplagten Anrainer/innen ist aber nicht eine Autobahn A3, sondern eine „Echte Umfahrung“ mit Lärmschutz, die weit billiger und mit zwei Auf- und Abfahrten auf den Autobahnzubringer möglich wäre. Solange es keine vignettenfreie alternative Fahrmöglichkeit für den PKW-Verkehr gibt, solange wird die Wienerstraße nicht entlastet werden.

Und jene, die heute durch Wulkaprodersdorf fahren, werden auch dann nicht auf der Autobahn fahren, denn sonst würden sie bereits jetzt schon auf dem Autobahnzubringer an Wulkaprodersdorf vorbeifahren.

Unser Ziel für Wulkaprodersdorf ist daher eine ‚Echte vignettenfreie Umfahrung‘ mit Lärmschutzmaßnahmen und nicht eine Autobahn.

A3-RÜCKBLICK

Durch welche Maßnahmen wurde der Weiterbau der A3 auf Wulkaprodersdorfer Hotter bisher verhindert:

1. Gründung der Bürgerinitiative 'BIG A3' (Bürgerinitiative gegen die A3) 2004: Durch den Weiterbau der Autobahn entlang der Umfahrung wurde mit einer Verkehrszunahme vor allem mit verstärkten Lärm- und Schadstoffemissionen gerechnet. Deshalb haben sich die Bürger/innen der Gemeinden Siegendorf, Klingenbach, Zagersdorf und Wulkaprodersdorf 2004 zur BIG A3 zusammengeschlossen und die Autobahnvariante erfolgreich bekämpft.

2. Resolution des GR Wulkaprodersdorf: Der Gemeinderat von Wulkaprodersdorf hat sich einstimmig in einer Resolution am 29. Jänner 2004 gegen den Weiterbau der A3 in Wulkaprodersdorf ausgesprochen - Resolution nachzulesen auf www.udw.info!

3. Volksbefragung über den Weiterbau der A3 auf Wulkaprodersdorfer Hotter: Am 26. Juni 2005 haben sich 90 % der abgegebenen Stimmen der Bevölkerung von Wulkaprodersdorf dagegen ausgesprochen.

4. Unterschriftenaktion der Anrainergemeinden: Mehr als 2000 Menschen aus den betroffenen Gemeinden haben sich in einer spontan durchgeführten Unterschriftenaktion im Jahr 2005 dagegen ausgesprochen.

5. Zusage von Landesrat Bieler in der Landtagssitzung am 28. Feber 2008 wortwörtlich: *„Aber wir werden nicht zustimmen, wenn die Gemeinden nicht zustimmen. Daher wird es auch keinen Weiterbau und Ausbau der A3 in diese Richtung geben, wenn die Gemeinden nicht zustimmen."*
Anmerkung: Helmut Bieler ist nach wie vor Landesrat.

6. Bürgermeister der vier Anrainergemeinden dagegen: Die Bürgermeister der Gemeinden Wulkaprodersdorf, Siegendorf, Zagersdorf und Klingenbach haben sich in einer gemeinsamen Presserklärung am 11. Juni 2008 vehement gegen die von der Asfinag vorgelegte Trasse ausgesprochen.

7. Antrag der UDW-GemeinderätInnen vom 18. Feber 2008: Die Gemeinde möge ein Ansuchen an das Land stellen, um die Ortsbevölkerung von Wulkaprodersdorf vom Durchzugsverkehr zu entlasten und den „Autobahnzubringer“ zu einer „echten Umfahrung Wulkaprodersdorf“ umzubauen.

8. Antrag der UDW-GemeinderätInnen vom 23. Oktober 2008: Der Gemeinderat möge beschließen, die Landesregierung aufzufordern, die A3-Verlängerung aus dem Bundesstraßengesetz heraus zu nehmen.

Bürgerinitiativen

Die Orts-SPÖ sagt: *"Bei uns in Wulkaprodersdorf wird gegen alles Mögliche aus Prinzip protestiert!"*

Wir meinen dazu, wenn alles so super wäre, bräuchte es keine Proteste! Und niemand protestiert aus Spaß oder weil man nichts Besseres zu tun hat. Damit wird den Wulkaprodersdorfer/innen von der SPÖ unterstellt, dass sie notorische Neinsager sind. Es ist das gute Recht einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers, ihre/seine Meinung zu sagen und auch gegen bestimmte Vorhaben zu protestieren. So haben z.B. in Wulkaprodersdorf bei einer Volksabstimmung 90% gegen die A3 gestimmt.

Eine Meinung aus der Bevölkerung dazu: ***"Die Politik müllt uns zu, setzt uns Lärm und Gestank aus und schickt uns zu guter Letzt auch noch die Verkehrslawine. Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht uns zu wehren. Das sind wir uns und unseren Kindern schuldig …"***

Rechte laut Bundesverfassung

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ So steht es in der österreichischen Bundesverfassung.

Das effektivste Instrument für die Staatsbürger/innen, um zu ihrem Recht zu kommen, sind Wahlen. Daneben gibt es noch die Volksabstimmung, die Volksbefragung und das Volksbegehren, um auf sachpolitische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Ein Mittel der politischen Selbsthilfe, das nicht in der Verfassung normiert ist, ist die Bürgerinitiative, auch Interessensgemeinschaft oder Aktionsgemeinschaft genannt.

In Wulkaprodersdorf haben sich vor Jahren anlass- und ortsbezogen die **Bürgerinitiativen 'Bahn' und BIG A3 (Bürgerinitiative gegen die A3)' und eine 'Initiative für eine „echte Umfahrung“'** gebildet, welche aufgrund der aktuellen Verkehrs-Ausbaupläne Bahn und Straße nun wieder aktiv geworden sind.

BIG A3 und Bürgerinitiative 'Großhöflein-Lärmschutz'

Die BIG A3 hat sich mit der Bürgerinitiative 'Großhöflein-Lärmschutz' zusammen geschlossen, weil auch die Bevölkerung von Großhöflein durch den Autobahnverkehr auf der A3 einer enormen Lärm- und Staubbelastung ausgesetzt ist und durch den geplanten Weiterausbau mit weiteren zusätzlichen Belastungen zu rechnen hat.

Eine Petition 'Gegen den Autobahnausbau A3' der BI Großhöflein wird auch im Parlament behandelt werden.

Der Autobahnausbau betrifft alle Anrainergemeinden der A3 bzw. zukünftigen A3 und eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit hilft allen und stärkt ihre Positionen.

„Wir haben heute Abend 51dB gemessen und unsere Häuser stehen mindestens 1km von der Autobahn entfernt! Wir hören den Lärm bereits durch die geschlossenen Fenster.

Die Situation ist für uns bereits unerträglich und mit dem A3 Ausbau können wir alle nur mehr wegziehen!“

Das schreibt ein Anrainer der A3 aus Großhöflein.

Verkehrslärm

Die Menschen in Wulkaprodersdorf werden an den verschiedensten Örtlichkeiten durch Verkehrslärm gestört. Ob es der Güterverkehr der Raaber Bahn ist, die B50, die Umfahrung (Autobahnzubringer) oder die B16 in der Wienerstraße. Sehr viele Menschen in unserem Dorf leiden bereits unter dem Lärmpegel und fühlen sich vor allem auch in der Nacht gestört.

Fakten: Ab 35 dB Lärmpegel reagiert der Mensch durch Aktivierung des zentralen und vegetativen Nervensystems; dadurch sind Störungen von Entspannungsphasen und Schlafstörungen möglich.

Durch den Klimawandel werden sich die Hitzewellen mit Tropentagen verdoppeln. Man kann die Häuser nur nachts lüften, um eine erträgliche Temperatur zu halten.

Das bedeutet für die Anrainer/innen, entweder abends im Sommer bei geschlossenen Fenstern schwitzen oder ‚Schlaflos im Wulkatal‘!

Auf Verlangen der UDW hat der Gemeindevorstand im September beschlossen, dass auf der B50 Lärmmessungen vom Land gemacht werden, damit auf der Grundlage des Messergebnisses entsprechende Lärmschutzmaßnahmen eingeleitet werden können.

Luftverschmutzung

Feinstaub kann man nicht sehen und nicht spüren!!!
Aber er ist da.

Und das bewies auch die Messstelle, die bei uns im Dorf aufgestellt war. ***Wulkaprodersdorf ist Feinstaubsanierungsgebiet! Wulkaprodersdorf ist die im Burgenland vom Feinstaub am meisten belastete Gemeinde.*** Eine Feinstaub-statistik für 2013 zeigt, dass der Grenzwert 25 Mal überschritten wurde und bis zum Juli 2014 wurden 20 Überschreitungen gezählt. (Dann wurde die Messstelle überraschend abgebaut.) Das ist mehr als auf allen anderen burgenländischen Messstellen gemessen wurde – sogar mehr als beim Kreisverkehr / Gasthaus Ohr in Eisenstadt. Auch die Kohlenmonoxidwerte waren besorgniserregend erhöht.

Laut Immissionsschutzgesetz-Luft sind max. 25 Überschreitungen pro Kalenderjahr zulässig und es verpflichtetet die Politiker/innen zur vorsorglichen Verringerung der Immissionen von Luftschadstoffen! Da der Verkehr neben dem Hausbrand der Hauptverursacher für Feinstaub ist, darf auf keinen Fall eine Verkehrszunahme erfolgen.

(In der nächsten Ausgabe berichten wir: Wie wirkt sich die Feinstaubbelastung auf unsere Gesundheit aus?)

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Prüfungsausschuss

von Obmann Gerhard Wukovatz

Ende September fand die quartalsmäßige Prüfungsausschusssitzung statt. Neben der Prüfung von gemeindespezifischen Bereichen, die an Hand einer Checkliste abgearbeitet werden, gibt es auch immer wieder spezielle Bereiche, die einer Überprüfung bedürfen.

Hochwasserschutz

Diesmal ging es um den Hochwasserschutz, genauer gesagt um dessen Abwicklung bzw. um die Kostenkontrolle, wobei in einer ersten Phase lediglich ein grober Überblick geschaffen wurde.

Es gibt insgesamt 6 Einzelprojekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rd. EUR 7, 3 Mio.
Davon waren bis zum Stichtag 30.06.2016 bereits rd. EUR 4,4 Mio. investiert. **5 Projekte sind - bis auf Kleinigkeiten - abgeschlossen.**
Ein Großprojekt - das Rückhaltebecken bei den Sandäckern – war zum Stichtag nur mit einem geringen Teil abgerechnet.

Die Vorgangsweise für die Gemeinde ist folgende: Die Firmen legen (Teil-)Rechnungen. Diese Rechnungen werden an das Land zwecks Überprüfung übermittelt. Bis das Okay von der Landesregierung kommt, muss die Gemeinde aber bereits teilweise Zahlungen leisten, die über ein eigenes Kreditkonto geführt werden. Wenn die Rechnungen schließlich für in Ordnung befunden werden, erfolgen die Auszahlungen (= Förderungen) seitens Land und Bund, die dann auf das Kreditkonto eingezahlt werden.
Bund und Land tragen den Löwenanteil an den Kosten; der Gemeinde wird - nach Abschluss aller Projekte - ein Anteil von rd. 12 % der Gesamtkosten verbleiben, das sind rd. EUR 830.000.

Zum Abschluss ein Wort in eigener Sache: Als Obmann des Prüfungsausschusses möchte ich mich recht herzlich bei allen Prüfungsausschussmitgliedern für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit bedanken.

Laufende Informationen

Es ist wichtig, dass sich alle Leute im Dorf mit den Verkehrsplanungen des Landes und des Bundes befassen, denn von den Belastungen werden wir alle in unterschiedlichster Weise betroffen sein. Und wenn wir nichts dagegen unternehmen, wird alles so geschehen wie andere es wollen.

Der UDW ist daher eine laufende Information wichtig, damit ein rechtzeitiges Agieren und nicht nur ein Reagieren auch von Seiten der Bevölkerung möglich ist.

Impressum: Unabhängige Dorfliste Wulkaprodersdorf.
Für den Inhalt verantwortlich: Sabine Szuppin, Gerhard Wukovatz, Grete Krojer
Layout: Grete Krojer

ALSO SPRACH DER GEMEINDERAT

am 3. November 2016

Bahnschleife Wulkaprodersdorf

Die Errichtung einer großen Bahnschleife mit einem Kreisverkehr auf 9 m Höhe und eine P&R-Anlage in der Wienerstraße wurde von der ÖBB zur Genehmigung eingereicht. Die Einreichvariante wurde vom Gemeinderat, den Grundstückseigentümern sowie von vielen in der Bevölkerung abgelehnt.

Der Gemeinderat hat bereits im Vorjahr das Verkehrsplanungsbüro Fa. Traffix beauftragt, alternative Planungsvorschläge zu zeichnen. Diese beruhten auf der großen Bahnschleife mit der Verlegung der B50. Der Landeshauptmann hat diesen Varianten wegen zu hoher Kosten nicht zugestimmt.

Im Zuge des jetzigen Einreichverfahrens waren der Bürgermeister, Grunstückseigentümer und Rechtsanwalt Mag. Schuszter im Infrastrukturministerium und haben eine einmonatige Fristerstreckung für Einwendungen und damit auch die Möglichkeit Alternativen einzubringen erwirkt.

Auf Empfehlung von Rechtsanwalt Mag. Schuszter hat deshalb der Gemeinderat weitere Varianten durch die Fa. Traffix planen lassen, die den lärmbelastenden hohen Kreisverkehr ausschließen, weniger Zerschneidung landwirtschaftlicher Flächen beinhalten, aber deutlich konstengünstiger in der Errichtung sind. Diese Pläne wurden vom Gemeinderat in weiterer Folge einstimmig beschlossen.

Die beiden alternativen Planentwürfe beinhalten:

1. Variante: kleine Bahnschleife mit der Verlegung der B50 um ca. 150 m und mit einem Kreisverkehr niveaugleich auf der B16 auf Höhe der Fa. König und

2. Variante: kleine Bahnschleife mit der Verlegung der B50 um ca. 150 m und mit einer Brücken-Überführung der B16 (selbe Höhe wie bisher) im Bereich Fa. König.

Die P&R-Anlage wurde vom Verkehrsplaner allerdings parallel zum Wohngebiet und auf Höhe der derzeitigen Bahn-Haltestelle bei der Rathausgasse eingeplant. Grundsätzlich werden P&R-Anlagen außerhalb von einem Wohngebiet errichtet, damit die Anrainer/innen nicht gestört werden. Die Gemeinde möchte keine Verkehrssituation schaffen, die Verkehr und Lärm wieder zum Wohngebiet hinbringen. Diese Situation muss im Falle einer Zustimmung durch Bahn und Land noch genauer betrachtet und geplant werden.

Auflassung der beiden Eisenbahnkreuzungen beim Friedhof

Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dass die beiden Eisenbahnkreuzungen im Bereich der Verlängerung der Oberen Gartengasse beim Friedhof (ÖBB - Strecke Richtung Eisenstadt, RÖEE - Strecke Richtung Müllendorf) aufgelassen werden sollen, weil aufgrund der Eisenbahnkreuzungsverordnung Bahnübergänge mit Schranken versehen werden müssen. Dafür hätte die Gemeinde die Hälfte der teuren Errichtungskosten bezahlen müssen. Die Zufahrt zum Föllig soll daher durch einen neuen Güterweg, von der Hauptstraße hinter dem Friedhof vorbei, einmündend in den Güterweg Richtung Hackl, erfolgen. Die gesamten Kosten werden von der Raaberbahn getragen.

Straßenbauarbeiten in der Weidengasse

Der Gemeinderat hat ohne die Stimmen der UDW am 3.11.2016 beschlossen, dass im Zuge der Errichtung einer neuen Hauseinfahrt in der Weidengasse auch die angrenzenden Gehsteige abgerissen werden sollen. Stattdessen soll ein Schotterrasen aufgebracht werden, mit dem Ziel Versickerungsflächen zu schaffen. Die gesamten Kosten betragen dafür 17.000,- Euro. Die betroffenen Anrainer haben dies nicht beantragt.

Auch die UDW ist für die Schaffung von Versickerungsflächen, damit das Kanalsystem entlastet wird. Dies soll allerdings passieren, wo es Neuaufschließungen gibt oder noch kein Gehsteig errichtet wurde. Mit diesem Geld hätte man z.B. das Rasenproblem in der Schule beheben können, denn die Kinder müssen dort in der Erde spielen und tragen den ganzen Schmutz in das Schulgebäude. Im unteren Teil der Rathausgasse fehlt noch immer der Gehsteig und der Lichtmast gehört dringendst versetzt, damit nichts passiert. Im Hinblick darauf, dass die finanziellen Mittel der Gemeinde sehr eingeschränkt sind und es andere wichtigere bauliche Maßnahmen in der Gemeinde gibt, hat die UDW gegen den Abriss eines nicht schadhaften Gehsteiges gestimmt.